

## Debatte: Syrien ist nicht Libyen

von Rainer Arnold

Die Nachrichten über Gräueltaten in Syrien werden von Tag zu Tag schlimmer. Berichte über Massaker an Zivilisten erreichen uns bald im Wochenrhythmus. Solche Verbrechen können nicht ohne Konsequenzen bleiben. Bislang sind jedoch alle internationalen Bemühungen, den syrischen Präsident Assad zur Umsetzung des Kofi-Annan-Planes zu bewegen, gescheitert. Russland plant jetzt eine internationale Konferenz unter Einbeziehung des Iran, des wichtigsten Verbündeten Assads in der Region, die eine Lösung erreichen soll.

Die Frage ist, ob eine Politik mit der Verantwortung zum Schutz der Zivilbevölkerung („responsibility to protect“) jetzt nicht die Verpflichtung hätte, militärisch zu intervenieren wie 2011 in Libyen. Warum Misrata und Bengasi, nicht aber Hula und Homs?

Der Einsatz in Libyen war vor allem durch die NATO-Luftunterstützung möglich. Dabei wurde teilweise eng mit der Opposition zum Schutz der libyschen Bevölkerung zusammengearbeitet. Syrien ist viel kleiner und dichter besiedelt. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen erstrecken sich von Straße zu Straße, von Haus zu Haus. Unterstützung aus der Luft wäre in diesem urbanen Gelände ohne große zivile Opfer unmöglich. Um die Zivilbevölkerung zu schützen, müssten Bodentruppen ins Land. Allein die Forderung nach einem humanitären Korridor von etwa 50 km Breite würde schon ein Kontingent von etwa 50.000 Soldaten erfordern. Wie dann unterschieden werden kann, wer Freund wer Feind, ist, bleibt fraglich. Die Schwelle zu einem Bürgerkrieg, in den auswärtige Truppen verwickelt sind, wäre bei diesen Rahmenbedingungen ganz schnell erreicht.



☛ Rainer Arnold ist Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

Zudem hat Syrien einen Beistandspakt mit dem Iran, es gibt russische Militärbasen, Präsident Assad hat noch Rückhalt in der Bevölkerung. Die oppositionellen Gruppen sind zersplittert und ihre Ziele sind diffus. Dazwischen eine ganze Vielzahl radikaler ethnischer, religiöser und nationaler Splittergruppen, die sich teilweise in ihrer Brutalität von den Shabiha-Milizen kaum unterscheiden. Sie politisch zu einen, scheint kaum möglich. Im Falle eines militärischen Eingreifens, besteht zudem die große Gefahr einer Eskalation des Konfliktes über Syrien hinaus, weil diese Gruppen sehr unterschiedliche Unterstützer haben.

Trotzdem muss gerade jetzt versucht werden, die Beteiligten zum Einlenken auf den Sechs-Punkte-Plan zurückzubringen. Denn die Weltgemeinschaft kann und wird nicht die Augen verschließen, wenn ein Völkermord droht. Das wissen auch Russland und China. Mehr denn je ist nun Russland, als wichtigster Verbündeter der syrischen Führung, in der Pflicht, sie zur Umsetzung dieses Prozesses zu drängen.

Es bleibt deshalb falsch, allzu schnell auf eine militärische Konfliktlösung zu setzen. Niemand weiß, wie sich die Lage in Syrien weiterentwickelt. Es ist allerdings ebenso falsch, ein begrenztes militärisches Eingreifen kategorisch auszuschließen. Die Führung in Damaskus darf sich auch der russischen Unterstützung nicht auf Dauer sicher fühlen. Daher bleibt uns vorerst nichts anderes, als jeden Tag aufs Neue für eine friedliche Lösung zu arbeiten – aber gleichzeitig alle Optionen auf dem Tisch behalten. ■